An den Landesverband der FDP-Saar -Landesgeschäftsstellez.H. Herr Oliver Luksic Bahnhofstraße 38 66111 Saarbrücken

Saarbrücken, den 06. Februar 2013

Sehr geehrter Herr Landesvorsitzender, lieber Oliver,

ich durfte nun über einen langen Zeitraum den uneinheitlichen Kurs der FDP auf Bundesebene in der Europapolitik miterleben und dabei zusehen, wie leichtfertig die FDP in der Berliner Regierungsverantwortung mit den Errungenschaften der letzten Jahrzehnte und der Stabilität unserer gemeinsamen Währung in Europa umgegangen ist.

Auch durfte ich mitverfolgen, wie die FDP systematisch versucht, an dem sozialen Gefüge in Deutschland zu rütteln und sie nicht in der Lage ist, sich den Herausforderungen der Gegenwart zu stellen. -Was man eigentlich von einer Partei, die sich selbst als politisch innovativ und vorausschauend definiert und es früher auch einmal war, erwarten kann.

Der Widerstand gegen die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes, das Mittragen des neu eingeführten Betreuungsgeldes und neuerdings auch das erklärte Ziel des Bundesvorsitzenden, wichtige Staatsbeteiligungen zu verkaufen und damit eine Privatisierung von Kernaufgaben des Staates voran zu treiben, sind an dieser Stelle nur einige genannte Punkte, die dem sozialen Frieden in Deutschland mittelbis langfristig die Grundlage entziehen.

Dass eine solche Politik nicht meine Zustimmung findet, habe ich in den Gremien der FDP-Saar und in mehreren Interviews in verschiedenen Medien schon oft zum Ausdruck gebracht. Die Hoffnung, dass die FDP zu einem höheren Maß an sozialer Verantwortung gelangt, hat sich leider nicht erfüllt. –Das Gegenteil ist der Fall.

Seit Jahren verfestigt sich nun auch der Gedanke in der FDP, dass es nur einen Koalitionspartner gäbe, mit dem es gelte, unsere Marktwirtschaft gegen die "Feinde" unseres Systems -die übrigen Parteien- zu verteidigen. Dabei setzt man zunehmend weniger auf Argumente und Überzeugungskraft durch politische Vorschläge mit dem erklärten Ziel zu gestalten, sondern vielmehr auf die Funktionalität einer Mehrheitsbildung. Dies hat die vergangene Landtagswahl in Niedersachsen mit den vielen Leihstimmen für die FDP anschaulich dargelegt. Die Konsequenz aus dieser Landtagswahl ist nun die uns bevorstehende Bundestagswahl als Lagerwahlkampf Schwarz-Gelb gegen die übrigen Parteien, in dem die FDP erneut darauf setzen wird, Stimmen der CDU zu gewinnen, um die schwarz-gelbe Koalition weiter führen zu können. Dies bedeutet im Ergebnis, dass man seine Eigenständigkeit als politische Kraft in Deutschland aufgibt. Statt

politische Inhalte zu transportieren und zu sehen, mit wem und wie man sie umsetzen kann, legt man sich erneut im Vorfeld auf eine Koalition mit der Hoffnung fest, von dieser verkündeten Liaison in Form von CDU-Leihstimmen zu profitieren.

Als politisch denkender Mensch, der stets versucht, sachlich vernünftige und an Inhalten orientierten Wege zu gehen, möchte ich diese Art von Politik nicht mittragen und erkläre hiermit meinen Austritt aus der FDP.

Lieber Oliver, ich möchte Dir und allen Freunden, die ich während meines Engagements in der FDP kennenlernen durfte, persönlich alles Gute wünschen. Auch wenn wir politisch und inhaltlich unterschiedliche Auffassungen haben, so ändert das nichts an meiner Wertschätzung für Dich und für die Personen, mit denen ich in der Vergangenheit zusammengearbeitet habe, insbesondere im Kreisverband Saarbücken-Stadt. Wir werden mit Sicherheit noch die Gelegenheit haben, uns persönlich das ein oder andere Mal inhaltlich auszutauschen.

Natürlich hofft man auch nach 25-jähriger Parteizugehörigkeit, dass die FDP zukünftig ihrer eigenen strategischen Aufgabe gerecht wird und eine Politik der Mitte und damit auch eine Politik der Eigenständigkeit umsetzen wird. Damit wird die FDP für alle demokratischen Parteien auch wieder koalitionsfähig werden und ein Lagerwahlkampf, wie er zurzeit geplant wird, wird nur noch als historische Fehlentwicklung der Vergangenheit betrachtet werden können.

Mit freundlichen Grüßen

L. lan Our

Hartmut Ostermann